

BINGENER: *Sie sehen also Europa und seine Staaten nicht nur von seinen Feinden bedroht, sondern auch von seinen vermeintlich besten Freunden. Aber wie groß ist die Gefahr? Herr Wolffsohn, Sie halten politische Systeme ja generell für deutlich fragiler, als man gemeinhin annimmt.*

WOLFFSOHN: Jede Gesellschaft an sich ist fragil, weil sie immer vielschichtig ist. Die »eine Nation« ist eine Fiktion. Wir haben, um es marxistisch zu formulieren, den Gegensatz von Klassen, wir haben den Gegensatz von Religionen, Ideologien, Sprachen und anderem. Letzteres schien in den weitgehend heidnisch gewordenen deutschen und westeuropäischen Gesellschaften völlig vergessen worden zu sein, aber der Rest der Welt ist eben a) größer und b) anders programmiert. Wo auch immer ich hinschaue, sehe ich dramatische Unterschiede. Deswegen ist es notwendig, auch aus funktionalen und aus Gründen der Zivilität, den Menschen vor dem Menschen zu schützen, Mechanismen zu entwickeln oder zu stärken, die einen Crash der verschiedenen politischen Einheiten verhindert.

Ich bin aber nicht der Ansicht, dass wir dafür mehr plebiszitäre Elemente wie Volksabstimmungen usw. einführen sollten, im Gegenteil: Wir haben zu wenig repräsentative Demokratie und zunehmend zu viele außerinstitutionelle politische Auseinandersetzungen. Denn solange die gesellschaftlichen Gegensätze in den Institutionen ausgetragen werden, gilt die Formel: Worte statt Waffen. In dem Augenblick, in dem die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen außerhalb der Institutionen, sprich den Parlamenten, stattfinden, kommt es – strukturell programmiert – zu Gewalttätigkeit. Das halte ich für ein Krisensymptom.

Die diversen Demonstrationen und Gegendemonstrationen und die Zunahme von Gewalt dabei – sei es durch rechts- oder linksextremistische Randalen, sei es durch sozialpolitisch motivierte Aufstände wie die der Gelbwesten in Frankreich – sind Krisenzeichen. Und die überall zu beobachtende Zunahme der Nutzung plebiszitärer Elemente durch Verantwortliche der repräsentativen Demokratie bekämpft nicht etwa die Krise, sondern vertieft sie. Denn auf diese Weise zählen faktisch Stimmungen mehr als die Stimmen der für vier oder fünf Jahre gewählten politisch Verantwortlichen. Aus dem Instrument der Partizipation und damit der Pazifikation erwächst also eine Destabilisierung. Das ist eine Entwicklung, die mich beunruhigt.

BINGENER: *Teilen Sie diese Analyse, Herr Bröning? Und wie sieht es auf der europäischen Ebene aus? Wie fragil ist das europäische Projekt?*

BRÖNING: Ich würde mich der Analyse nur zum Teil anschließen. Zentral ist, dass politische Konflikte innerhalb des politischen Systems ausgetragen werden. Dabei geht es aber auch darum, Gesellschaften so abzubauen, dass möglichst breite Strömungen erfasst werden. Doch die demokratische Mitte muss halten. Ich bin vor allem in Sorge, wenn ich mir die Entwicklung in den Vereinigten Staaten anschau. Die sogenannte populistische Revolte in Deutschland und in Europa hat sich ja lange Zeit außerhalb der etablierten Systeme abgespielt. Die etablierten Parteien wurden umgangen, und es wurden ganz neue Bewegungen gegründet, eben zunächst außerparlamentarische. In den Vereinigten Staaten hat es das genauso gegeben, aber nun hat das System die Revolte absorbiert. Das eindrucklichste

Beispiel dafür ist wahrscheinlich, wie die republikanische Partei von Donald Trump übernommen wurde. Aber auch die Demokraten rücken derzeit weit nach links. Die Folge ist politische Dysfunktionalität. Wenn Sie sich anschauen, wie kooperationsunfähig die beiden politischen Parteien in den USA geworden sind, wird klar, dass das reine Abbilden der Spaltung innerhalb des Systems auch kein Allheilmittel ist. Politik funktioniert nur, wenn ein gesellschaftlicher Grundkonsens besteht. Und der wird derzeit zum Teil infrage gestellt. Deshalb ist unsere Demokratie fragiler geworden. Es hat nichts mit »Diskurs« zu tun, wenn der Gegner wahlweise als Volksverräter oder als Faschist diffamiert wird. Diese Polarisierung geht zu weit.

Allerdings muss man unterscheiden, ob Staaten oder ob unsere Demokratien fragil sind. Die Staatsgebilde selbst halte ich nicht für fragil, im Gegenteil. Das Ableben der Nationalstaaten ist schon hundertmal besungen worden von Karl Marx bis zu den Hohepriestern des Neoliberalismus. Aber Staaten sind Konstrukte, die offenbar nicht vergehen wollen, sondern ziemlich robust sind. Im Hinblick auf die Regierungsform »Demokratie« sieht das anders aus. Hier steht Europa vor deutlichen Herausforderungen, und zwar von zwei Seiten her. Wenn man sich die aktuellen Wahlergebnisse in Ungarn, Polen, Österreich, der Schweiz, Schweden oder Dänemark anschaut, sieht man eine „populistische“ Revolte von Leuten, die – überspitzt gesagt – antiliberal, aber nicht immer undemokratisch sind. Sie fordern ja mehr direkte Demokratie, mehr Referenden, und zugleich mehr Nationalstaat, weniger Brüssel, weniger Migration, weniger Minderheitenrechte. Auf der anderen Seite, und das wird oft übersehen, erleben wir aber das, was Yascha Mounk

von der Universität Harvard als »antidemokratischen Liberalismus« bezeichnet. Hier ist manch einer mittlerweile bereit, demokratische Prinzipien infrage zu stellen, wenn es nur darum geht, das zu verteidigen, was als politisch »fortschrittlich« gilt. Daraus erwachsen dann Forderungen, der eigenen Überzeugung zuwiderlaufende Referenden zu ignorieren, Abstimmungen so lange zu wiederholen, bis das Ergebnis passt, oder unliebsame Stimmen gleich ganz zu verbieten. Auch wenn diese Position vom Wunsch getragen sein mag, das vermeintlich Gute, Wahre und Schöne anzustreben, birgt sie in sich einen undemokratischen Kern. Deswegen sehe ich von zwei Seiten her eine Entwicklung, die den demokratischen Grundkonsens angreift – auch wenn ich beide Trends nicht gleichsetzen will. Darüber hinaus aber Sorge ich mich um die Zukunft der Demokratie, wenn ich mich frage, was eigentlich nach der aktuellen populistischen Welle kommt.

BINGENER: *Ist die Erosion des vorpolitischen Konsenses über Werte und Umgangsformen der eigentliche Kern des Problems?*

WOLFFSOHN: Jeder gesellschaftliche Konsens ist meines Erachtens eine Fiktion, wenn auch eine sehr sympathische Fiktion. Als Historiker versuche ich, die Wirklichkeit als Wirklichkeit zu erkennen. Ich spreche nicht von Objektivität, sondern vielmehr von dem Versuch, den realen Charakter der Wirklichkeit zu erkennen und scheinbar widersprüchlich zu formulieren. Wo gab es denn – historisch betrachtet – wann einen echten Konsens, einen allgemeinen Wertekonsens? Einen Regelkonsens zu erreichen, halte ich hingegen für unverzichtbar. Das Beispiel, das mir in diesem Zusam-

menhang immer einfällt, ist der Straßenverkehr. Wir können nicht beschließen, den Linksverkehr einzuführen, nur weil Herr Bröning oder ich den vielleicht lieber hätten. Das ist einfach nicht möglich, da gäbe es zu viele Geisterfahrer, was dysfunktional wäre. Ein Regelkonsens ist also unverzichtbar und muss durchgesetzt werden. Das kann nur eine administrative Einheit, die über das Gewaltmonopol verfügt – und die nennt man Staat. Deswegen sind alle Totsagungen von oder Mordabsichten an Staatsgewalt als solche absurd, denn man braucht eine administrative Einheit. Je größer die Menschenzahl, desto notwendiger ist eine steuernde funktionale Monopolinstitution. Das ist der Staat. Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Es kann und wird zwischen vielen unterschiedlichen Menschen niemals einen allumfassenden Konsens geben. Ich brauche also ein Regulativ. Das ist der Staat, und der Staat muss funktionierende Institutionen haben. Die bedauerliche, aber realistische Grundüberlegung dabei ist: Jede Gesellschaft befindet sich in einem permanenten Bürgerkrieg. Das heißt in der Regel nicht, dass man zu den Waffen greift, aber Andersdenkende und Andershandelnde sind tatsächlich Gegner. Im individuellen, alltäglichen Bereich und erst recht im politischen könnte man mit Thomas Hobbes sagen: Jeder Mensch ist des anderen Wolf. Schreckliche Situation, aber es war nie anders. Auch nicht in früheren nationalen Gesellschaften, selbst dann nicht, wenn sie kulturell homogener waren als heute. Genau betrachtet, gibt es keine homogenen Gesellschaften, Menschen sind immer verschieden, was auch gut so ist. Wie können wir also die notwendige Inhomogenität einer Gesellschaft so steuern, dass sie produktiv bleibt, dass die Vielfalt, die wir alle wollen, nicht in De-